

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung
des Gemeinderates

am Donnerstag, dem 11.10.2007, im Ratssaal des Rathauses in Sande

Tagesordnung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 vom 21.06.2007**
4. **Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2007
Vorlage: 156/2007**
5. **Neuwahl des Aufsichtsrates der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH in Jever
Vorlage: 115/2007**
6. **Resolution gegen Rechts
Vorlage: 143/3/2007**
7. **Umsetzung des Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung (TAG) und des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) im Landkreis Friesland
Vorlage: 149/2007**
8. **Vertragssituation zum Betrieb des Ev. Kindergartens Sande
Vorlage: 150/2007**

**Vertragssituation zum Betrieb des Ev. Kindergartens Sande
Vorlage: 108/2007**

**Vertragssituation zum Betrieb des Ev. Kindergartens Sande
Vorlage: 150/2007/1**
9. **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 42 - Bahnübergang Deichstraße -
Vorlage: 154/2007**

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 42 - Bahnübergang Deichstraße -
Vorlage: 154/2007/1**

- 10. Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 BauGB
Vorlage: 157/2007**
- 11. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 18:30 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

1. stellvertretender Bürgermeister Michael Ramke
 2. stellv. Bürgermeisterin Ingrid Berthold
- Ratsherr Jörg Beutz
Ratsherr Hendrick Clemens
Beigeordneter Frank David
Beigeordneter Wilfried Davids
Ratsfrau Petra Ducci
Beigeordneter Folkert Feeken
Ratsherr Dieter Günther
Ratsherr Wilfried Habeck
Ratsherr Hermann Kleemann
Ratsherr Olaf Lies
Ratsfrau Sandra Martsfeld
Ratsherr Holger Mehrle
Ratsfrau Manuela Mohr
Ratsherr Wilfried Rost
Ratsherr Dieter Schäfer
Ratsherr Andreas Schindler
Beigeordnete Ulrike Schlieper
Ratsfrau Monika Willenbücher-Orths
Ratsherr Engelbert Wulfert

Verwaltung

Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Gemeindeamtsrat Klaus Oltmann
Dipl.-Ing. Bernd Eickhoff
Gemeindeoberinspektorin Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ratsvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Dem Vorschlag der Verwaltung, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um zwei Beratungspunkte zu ergänzen, wurde einstimmig gefolgt.

Unter Berücksichtigung der o. g. Änderung wurde die Tagesordnung

festgestellt.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 vom 21.06.2007**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Erlas einer Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2007**
Vorlage: 156/2007

Der Leiter des Fachbereiches II trug den Bericht, der dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist, zum vorgelegten Nachtragshaushaltsplan vor.

Die SPD-Fraktion zeigte sich erfreut darüber, dass der wirtschaftliche Aufschwung auch in Sande zu beobachten ist und die Erhöhung der Steuereinnahmen zu einer deutlichen Verbesserung der finanziellen Situation geführt haben. Weiterhin ist es sehr positiv, dass der Fehlbetrag aus dem letzten Jahr ausgeglichen werden konnte und die Sollzuführung mit einem Betrag von 290.000 € erreicht wurde. Seitens der SPD-Fraktion wurde Zustimmung zum vorliegenden Nachtragshaushaltsplan signalisiert.

Die CDU-Fraktion sprach der Verwaltung zunächst Dank dafür aus, dass die Wünsche und Beschlüsse der Fachausschüsse zügig umgesetzt wurden. Es wurde herausgestellt, dass es positiv zu bewerten ist, dass die Fehlbeträge aus den Jahren 2005 und 2006 ausgeglichen werden konnten und die Zuführung zum Vermögenshaushalt erhöht wurde. Als bedauerlich wurde die erneute Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung bezeichnet. Abschließend empfahl die Fraktion die Zustimmung zum vorliegenden Entwurf.

Aus Sicht der Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen weist der Nachtragshaushalt Schwächen auf. So wurde ausgeführt, dass trotz der Mehreinnahmen eine Kreditaufnahme von 800.000 € erforderlich ist und die Schulden weiterhin steigen. Positiv ist zu verzeichnen, dass die Gemeinde Sande fast die höchsten Gewerbesteuereinnahmen im Umkreis verbuchen kann. Hierfür ist den ortsansässigen Betrieben Dank auszusprechen. Dennoch wurde zu bedenken gegeben, dass diese Spitzenstellung ohne die Aufstellung neuer Bebauungspläne und die Ansiedlung neuer Gewerbe- und Industriebetriebe nicht gehalten werden kann. Es wurde moniert, dass die Ausgaben des Verwaltungshaushalts

stetig wachsen und keine Mittel eingespart werden, die Schulden steigen und die Rücklagen gleichzeitig schrumpfen. Der Umfang des Kassenkredites, der 60 % der Gesamtschulden ausmacht, wurde als zu hoch für eine Gemeinde in der Größenordnung Sandes angesehen. Künftig sollte ebenfalls darauf geachtet werden, dass bei Vertragsabschlüssen nicht im Wesentlichen nur die Vertragspartner von dem Vertrag profitieren. Die Gruppe signalisierte, dass sie zum vorliegenden Nachtragshaushaltsplanentwurf keine Zustimmung erteilen wird.

Die CDF-Fraktion unterstützte den Entwurf der Verwaltung.

Ein Ratsmitglied bemängelte, dass die kritischen Anmerkungen der Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen erst zum jetzigen Zeitpunkt vorgetragen werden, obwohl während der Sitzungen im Fachausschuss ausreichend Gelegenheit zur Erörterung bestanden hat. Zudem wurde bezüglich der zusätzlichen Kreditaufnahmen ausgeführt, dass die Kreditaufnahme zum Zweck des Ankaufs von Grundstücken erfolgen soll, so dass lediglich eine Vermögensverschiebung stattfindet.

Hierzu wurde entgegnet, dass im Fachausschuss seitens der Gruppe der Wunsch vorgetragen wurde, die Beschlussfassung zu verschieben, diesem Wunsch aber nicht entsprochen wurde.

Beschluss:

Aufgrund der §§ 40 und 87 NGO beschließt der Rat die vorgelegte 1. Nachtragshaushaltssatzung sowie den 1. Nachtragshaushaltsplan 2007.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen

5. Neuwahl des Aufsichtsrates der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH in Jever **Vorlage: 115/2007**

Die SPD-Fraktion schlug den 1. stellvertretenden Bürgermeister Ramke als künftiges Aufsichtsratsmitglied vor und nach Rücksprache mit der CDU-Fraktion als Vertreterin Ratsfrau Bohlen.

Die Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen beantragte eine getrennte Wahl.

Die Wahl des 1. stellvertretenden Bürgermeisters Ramke als künftiges Aufsichtsratsmitglied erfolgte einstimmig. Ratsfrau Bohlen wurde mit 20 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme als Vertreterin gewählt.

Die Wahl erfolgte nach § 48 Abs. 1 NGO durch Handzeichen, da nur jeweils ein Wahlvorschlag gemacht wurde und niemand widersprach.

6. Resolution gegen Rechts
Vorlage: 143/3/2007

Die Ratsvorsitzende übergab nach ein paar einleitenden Worten das Wort an Ratsherr Clemens, der in einem Redebeitrag auf die Hintergründe einging, die dazu führten, einen entsprechenden Resolutionsentwurf in den Rat der Gemeinde Sande einzubringen. Dabei wurden die Beweggründe für das Einbringen der Resolution genannt und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass auch wenn Sande keine Hochburg für rechtsextremes Gedankengut ist, die im Gemeinderat vertretenden Parteien und Wählergruppen sich ihrer demokratischen Verantwortung bewusst werden und sich gegen die Gefahr von Rechts wenden müssten. Im übrigen wurden die Veränderungsprozesse bezüglich des Auftretens der NPD aufgegriffen, die dazu führen, dass diese Partei seit 2000 einen ständig wachsenden Mitgliederstamm zu verzeichnen hat, der besonders aus jungen Menschen besteht. Es wurde an andere Kommunen des Landkreises Friesland appelliert, sich der Resolution anzuschließen.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Sande verabschiedet die vorliegende Resolution gegen Rechts.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Umsetzung des Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung (TAG) und des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) im Landkreis Friesland
Vorlage: 149/2007

Beschluss:

Der Rat stimmt der Fortschreibung der „Vereinbarung zwischen dem Landkreis Friesland und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden vom 19.12.1994“ in der vorgelegten Form zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Vertragssituation zum Betrieb des Ev. Kindergartens Sande
Vorlagen: 150/2007, 108/2007 und 150/2007/1

Die Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen signalisierte eine Ablehnung des vorliegenden Vertrages und führte als Gründe an, dass in der Gruppe der Wunsch besteht, den Kindergarten zu übernehmen, da durch die Zusammenlegung Synergieeffekte genutzt werden könnten. Zudem wurde angeführt, dass es aus ihrer Sicht nicht erkennbar ist, woraus die deutlich

höheren Verwaltungskosten beim Rentamt entstehen. Die vorliegenden Zahlen wurden als nicht vergleichbar erachtet und vergleichbare Angaben gefordert. Weiterhin ist es für die Gruppe nicht hinnehmbar, dass das Kuratorium paritätisch besetzt ist, da die Gemeinde einen größeren finanziellen Anteil übernimmt und von daher auch mehr Stimmen besitzen sollte. Herausgestellt wurde, dass die ablehnende Haltung nichts mit der Kirchengemeinde als Vertragspartner zu tun hat, sondern lediglich der Vertrag als nicht zustimmungsfähig gesehen wird.

Die SPD-Fraktion bezeichnete den vorliegenden Vertrag als positives Ergebnis, das durch intensives Nachverhandeln erzielt werden konnte. Wichtig ist, dass die Verwaltungskostenpauschale von früher 285 € auf nunmehr 185 € reduziert werden konnte, weil auch bestimmte Tätigkeiten im Zuständigkeitsbereich des Rentamtes verbleiben. Hervorgehoben wurde die paritätische Besetzung im Kuratorium, die dazu führt, dass keine Entscheidung entgegen dem Willen der Gemeinde getroffen werden kann und einer einseitigen Dominanz dadurch entgegengewirkt wird. Die Vertragslaufzeit lässt zudem die Möglichkeit offen, im Fall von Problemen den Vertrag nachzubessern.

Die CDF-Fraktion führte aus, dass es nicht nachvollziehbar ist, dass die Gemeinde 90 % der Kosten übernimmt, aber keine Stimmenmehrheit im Kuratorium besitzt. Nach Ansicht der Fraktion hätte der Kindergarten wie im Wangerland durch die Gemeinde übernommen und der Qualitätsstandard angepasst werden müssen

Seitens der CDU-Fraktion wurde erklärt, dass eine Übernahme des Kindergartens aufgrund der nicht vorhandenen Räumlichkeiten problematisch geworden wäre und dass der ausgehandelte Vertrag positiv zu bewerten ist, da die Verwaltungskostenpauschale gekürzt worden ist. Die paritätische Besetzung im Kuratorium wurde als unproblematisch angesehen, da die Gemeinde Sande ein deutliches Mitspracherecht inne hat. Im übrigen wurde angeführt, dass eine Übernahme des Kindergartens insgesamt mehr Kosten für die Gemeinde verursacht hätte und ein Vergleich mit der Vorgehensweise der Gemeinde Wangerland nicht möglich ist, da dort die Räumlichkeiten des Kindergartens im Eigentum der Kommune stehen.

Ein Ratsmitglied machte ebenfalls deutlich, dass ein Vergleich mit der Gemeinde Wangerland wegen der Eigentumsverhältnisse nicht passt, aber auch, weil in der Gemeinde Sande bereits eine gute Zusammenarbeit mit der Kirche bestand.

Es wurde verdeutlicht, dass die kommunalen Kindergärten die gleichen Verwaltungskosten verursachen, nur dass die Teilbeträge anderen Kostenstellen zugeordnet werden. Es sollte insbesondere aus haushaltsrechtlicher Sicht als Vorteil erachtet werden, dass die Kirche einen Zuschuss von 49.000 € zahlt, der ansonsten von der Gemeinde zu tragen wäre.

Beschluss:

Der Vertrag zwischen der Ev. Kirchengemeinde Sande und der politischen Gemeinde Sande ist in der vorliegenden Fassung vom 10.10.2007 zum 01.01.2008 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

9. **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 42 - Bahnübergang
Deichstraße -
Vorlagen: 154/2007 und 154/2007/1**

Beschluss:

Auf Grund des § 2 Abs. 1 BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung beschließt der Rat die Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 42 "Bahnübergang Deichstraße".

Der Geltungsbereich ergibt sich aus der Anlage zur SV 154/1/2007.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. **Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25
BauGB
Vorlage: 157/2007**

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt aufgrund des § 25 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2005 (BGBl. I S. 1818, 1824) i.V. m. §§ 4 und 6 NGO i.d.F. der Neubekanntmachung vom 28.10.2006 (Nds. GVBl. S.473), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.12.2006 (Nds. GVBl. S. 575) die beigefügte Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht im geplanten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 42 „Bahnübergang Deichstraße“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- a) Die Verwaltung wies auf die am 15.10.2007 um 19.00 Uhr im Bürgerhaus stattfindenden Veranstaltung zum Thema Dorferneuerung hin und bezeichnete die Aufnahme in das Programm als große Chance für die Entwicklung Sandes.
- b) Seitens eines Ratsmitgliedes wurde auf die Veranstaltung am

18.10.2007 im Bürgerhaus Schortens zum Thema IGS Friesland hingewiesen und dazu eingeladen.

- c) Ein Ratsmitglied schlug vor zu prüfen, ob der Fußballplatz in Cäciliengroden zur Aktion des DFB, 1000 Minifußballfelder zu bezuschussen, angemeldet werden kann und ob im Rahmen dieser Maßnahme der Platz drainiert werden kann.

Es wurde ausgeführt, dass seitens der Gemeinde Sande bereits ein Antrag für den Multifunktionsplatz an der Grundschule Sande gestellt wurde und nur ein Antrag pro Landkreis möglich ist.

Schluss der Sitzung: 20:05 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin